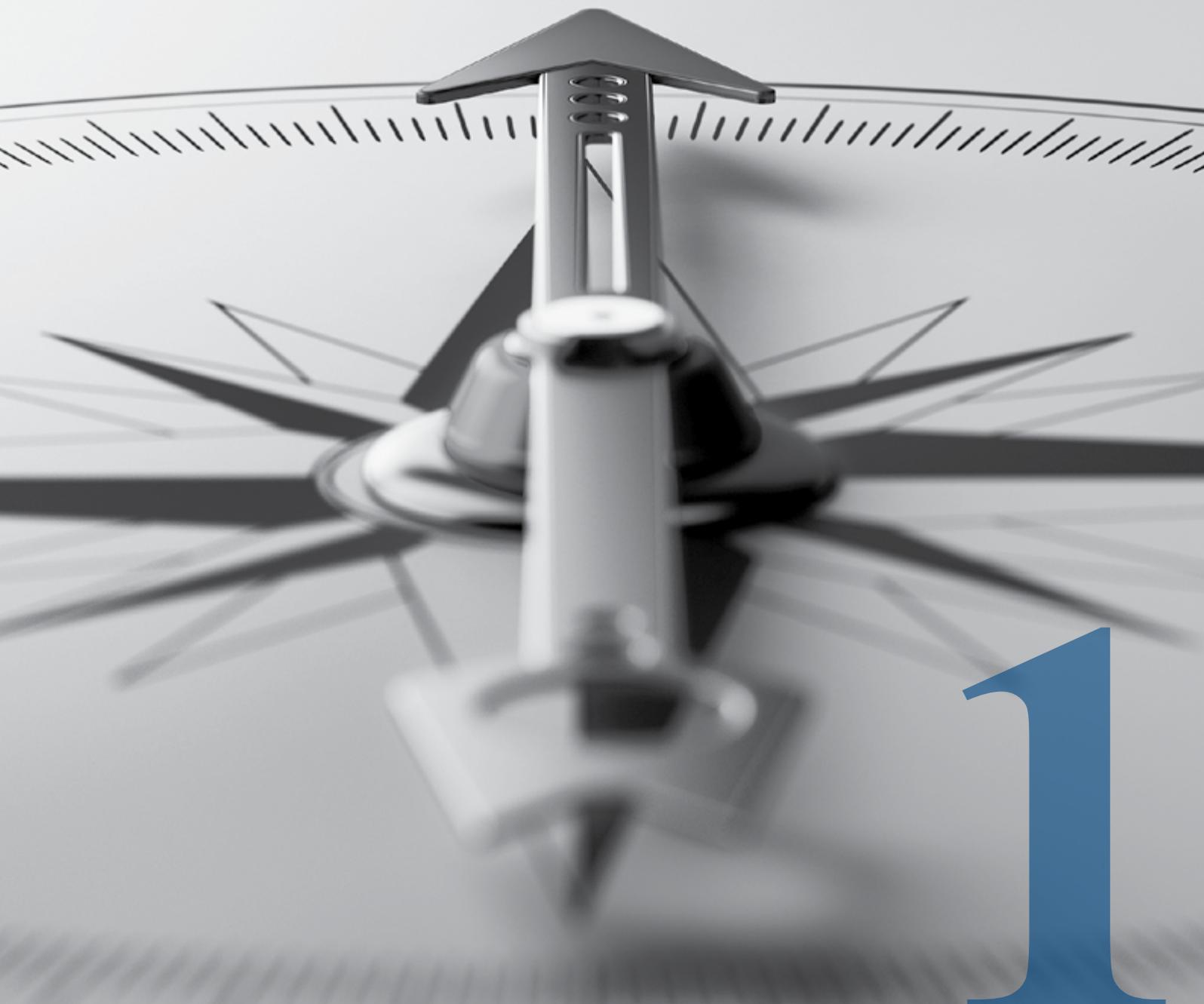


**Monitor Ordnungspolitik**

# **Die Soziale Marktwirtschaft: Kompass für aktuelle Herausforderungen**

**Welche Parteien halten Kurs?**

**01 | Freihandel**



# 01 | Freihandel

## Zentrale Punkte

- Die Normen und Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft geben in aktuellen Debatten einen klaren Kurs vor. Doch nicht alle Parteien halten diesen Kurs.
- Die Parteipositionen zum Thema Freihandel unterscheiden sich deutlich voneinander – besonders bezüglich der Grundhaltung zum Freihandel und Schiedsgerichten.
- Die Sozialen Marktwirtschaft nach Freiburger Schule, Alfred Müller-Armack und Ludwig Erhard steht ganz klar für freien, regelbasierten Handel.

## Einleitung

Die Soziale Marktwirtschaft hat sich als erfolgreiche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung bewährt. Parteien und Verbände bekennen sich zu ihr und berufen sich auf deren „Gründerväter“, um ihre politischen Forderungen zu untermauern.

Das stiftet Verwirrung – denn die Soziale Marktwirtschaft dient als Argumentationsgrundlage für teils widersprüchliche Forderungen. Angesichts dieser Situation stellt sich die Frage, wofür die Soziale Marktwirtschaft eigentlich steht. Welche wirtschaftspolitischen Positionen sind im Einklang mit den Grundwerten und Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft? Und wie lassen sich die teils widersprüchlichen Forderungen in ihrem Namen erklären?

Die Reihe *Monitor Ordnungspolitik* beantwortet diese Fragen. Die Analyse fokussiert sich auf die drei Themengebiete, bei denen die Unterschiede zwischen den im Bundestag vertretenen Parteien am deutlichsten hervortreten: Freihandel, Europa- und Haushaltspolitik. Nach den Grundlagen analysiert dieser **erste Teil** die unterschiedlichen Parteipositionen zum Thema **Freihandel** und untersucht, welche Leitlinien das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft vorgibt.

## Freihandel: Wohlstandsgrundlage oder Gefährdung des Gemeinwohls?

### Parteipositionen im Vergleich

Union und FDP erachten den Freihandel als Grundvoraussetzung für die Wohlstandsschaffung und bekennen sich „ganz klar zum Freihandel“.<sup>1</sup> Besonders die FDP sieht Freihandel als Chance, unsere hohen Standards als Rechtsgrundlage zu nehmen und die Globalisierung zu gestalten.<sup>2</sup>

Auch AfD, SPD und die Grünen setzen sich für Freihandel ein. Allerdings lehnen diese Parteien die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) und teils auch das umfassende Wirtschafts- und Handelsabkommen der EU mit Kanada (CETA) ab.<sup>3</sup> Außerdem lehnen alle drei Parteien private Schiedsgerichte ab. Für die AfD stellen Schiedsgerichte „eine Übertragung von Souveränitäts- und Hoheitsrechten“ dar.<sup>4</sup> Die Grünen lehnen Schiedsgerichte ab, weil sie „Klageprivilegien für Konzerne“ vorsehen.<sup>5</sup> DIE LINKE lehnt „neoliberale Freihandelsabkommen“ wie CETA und TTIP gänzlich ab, weil diese die „Interessen großer Konzerne über jene der Menschen und der Umwelt“ stellen würden.<sup>6</sup> DIE LINKE sieht in diesen Handels- und Investitionsabkommen eine Verschlechterung von Arbeits-, Verbraucher-, Umwelt- und Klimaschutzstandards.<sup>7</sup>

### Gründe für Freihandelsabkommen aus Sicht der Sozialen Marktwirtschaft

Dabei sind Freihandelsabkommen wie CETA und TTIP aus mindestens **zwei Gründen** im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft:

1. Freihandel senkt Handelshemmnisse und **intensiviert den Wettbewerb** – ist also im Einklang mit dem konstituierenden Prinzip der offenen Märkte.
2. Freihandelsabkommen wie CETA und TTIP etablieren **gemeinsame Regeln und Prinzipien für fairen Handel**. Das gilt insbesondere für TTIP, das den größten Wirtschaftsraum der Welt schaffen würde. Die Regeln und Prinzipien eines Handelsraums solcher Größe würden als Vorreiter für weitere Freihandelsabkommen dienen.<sup>8</sup> Ein Freihandelsabkommen wie TTIP ist also vor allem eine Chance, hohe deutsche bzw. europäische Standards global zu etablieren.

Besonders der **Mittelstand**, das Rückgrat der deutschen Wirtschaft, würde von einfachen, einheitlichen Regeln profitieren. Dass die Große Koalition in CETA „zukunftsweisende Regelungen für den Schutz von Umwelt und Gesundheit, Arbeitnehmerrechten, öffentlicher Daseinsvorsorge und für einen fortschrittlichen Investitionsschutz“ sieht und sich zu Freihandel und „einer weiteren Vertiefung der transatlantischen Wirtschaftsbeziehungen“ bekennt, ist ausdrücklich zu begrüßen.<sup>9</sup>

## **Bedenken und Argumente gegen Freihandelsabkommen: Bestandsaufnahme**

**Bedenken**, dass diese Regeln unsere Standards schwächen würden, erscheinen **unbegründet**:

- Die **EU verhandelt auf Augenhöhe** mit potenziellen Handelspartnern. Es ist daher unwahrscheinlich, dass sie einer Senkung ihrer Standards zustimmen würde. Selbst, wenn dies geschähe, würde ein solches Handelsabkommen an der notwendigen Ratifizierung des EU-Parlaments bzw. der Mitgliedsländer (die sog. Mischabkommen wie TTIP und CETA zustimmen müssen) scheitern.<sup>10</sup> Das Argument, Freihandelsabkommen wie TTIP und CETA seien undemokratisch, ist also ebenfalls unbegründet.
- Der Vorwurf, Abkommen wie CETA und TTIP würden die **Interessen von Konzernen** über die der Bevölkerung stellen, sind ungerechtfertigt, da:
  - ... private Schiedsgerichte Konzerne nicht bevorzugen. Bisher haben Schiedsgerichte mehrheitlich zugunsten der Staaten anstatt klagender Konzerne entschieden; meistens wurden sogar Kompromisse gefunden.<sup>11</sup>
  - ... sich Konzerne in einer Freihandelszone weiteren Produzenten und somit intensiverem Wettbewerb stellen müssen. Der Wettbewerb und das größere Warenangebot kämen Verbrauchern zugute und würden den Wohlstand steigern.

Für welches Produkt sich der Verbraucher am Ende entscheidet, sollte ihm selbst überlassen werden.

## **Freihandelsabkommen sind für die Soziale Marktwirtschaft und offene Märkte unabdingbar**

Das Argument, dass **multilaterale Handelsabkommen** bi- und plurilateralen Abkommen vorzuziehen seien, erscheint hingegen sinnvoll.<sup>12</sup> Multilaterale Abkommen würden ebenfalls zur Harmonisierung unterschiedlicher Standards führen und den Freihandel fördern. Nach Scheitern der Doha-Runde ist das Projekt eines multilateralen Handels- und Investitionsabkommens allerdings vorerst gescheitert. Das ist jedoch kein Grund zu sagen: „Lieber gar keine Freihandelsabkommen als bilaterale Freihandelsabkommen“. Freihandelsabkommen sind für die Soziale Marktwirtschaft und offene Märkte unabdingbar.

- 1| Tauber, P. (2017), zitiert in: Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), *Deutschland hat die Wahl: Parteien, Positionen, Perspektiven*: 7; Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU) & Christlich-Soziale Union in Bayern (CSU) (2017) *Für ein Deutschland, in dem wir gut und gerne leben. Regierungsprogramm 2017–2021* [https://www.cdu.de/system/tdf/media/dokumente/170703regierungsprogramm2017.pdf?file=1&type=field\\_collection\\_item&id=9932](https://www.cdu.de/system/tdf/media/dokumente/170703regierungsprogramm2017.pdf?file=1&type=field_collection_item&id=9932) (Zugriff am 16.03.2018): 7, 23.
- 2| Freie Demokratische Partei (FDP) (2017) *Denken Wir Neu. Das Programm der Freien Demokraten zur Bundestagswahl 2017: „Schauen wir nicht länger zu.“* <https://www.fdp.de/sites/default/files/uploads/2017/08/07/20170807-wahlprogramm-wp-2017-v16.pdf> (Zugriff am 16.03.2018): 104.
- 3| Bündnis 90/Die Grünen (2017) *Zukunft wird aus Mut gemacht. Bundestagswahlprogramm 2017.* [https://www.gruene.de/fileadmin/user\\_upload/Dokumente/BUENDNIS\\_90\\_DIE\\_GRUENEN\\_Bundestagswahlprogramm\\_2017\\_barrierefrei.pdf](https://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/BUENDNIS_90_DIE_GRUENEN_Bundestagswahlprogramm_2017_barrierefrei.pdf) (Zugriff am 16.03.2018): 93; Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) (2017) *Es ist Zeit für mehr Gerechtigkeit: Zukunft sichern, Europa stärken. Das Regierungsprogramm 2017 bis 2021.* [https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Bundesparteitag\\_2017/Es\\_ist\\_Zeit\\_fuer\\_mehr\\_Gerechtigkeit-Unser\\_Regierungsprogramm.pdf](https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Bundesparteitag_2017/Es_ist_Zeit_fuer_mehr_Gerechtigkeit-Unser_Regierungsprogramm.pdf) (Zugriff am 16.03.2018): 110; Alternative für Deutschland (AfD) (2017) *Programm für Deutschland: Wahlprogramm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum Deutschen Bundestag am 24. September 2017.* [https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2017/06/2017-06-01\\_AfD-Bundestagswahlprogramm\\_Onlinefassung.pdf](https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2017/06/2017-06-01_AfD-Bundestagswahlprogramm_Onlinefassung.pdf) (Zugriff am 06.03.2018): 21.
- 4| AfD (2016) *Programm für Deutschland. Das Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland*: 68.
- 5| Bündnis 90/Die Grünen (2017) *Zukunft wird aus Mut gemacht*: 94.
- 6| DIE LINKE (2017) *Die Zukunft, für die wir kämpfen: SOZIAL. GERECHT. FRIEDEN. FÜR ALLE.* [https://www.die-linke.de/fileadmin/download/wahlen2017/wahlprogramm2017/die\\_linke\\_wahlprogramm\\_2017.pdf](https://www.die-linke.de/fileadmin/download/wahlen2017/wahlprogramm2017/die_linke_wahlprogramm_2017.pdf) (Zugriff am 16.03.2018): 12, 98, 104-105; Bartsch, D. (2017), zitiert in: Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), *Deutschland hat die Wahl: Parteien, Positionen, Perspektiven*: 10.
- 7| DIE LINKE (2017) *Die Zukunft, für die wir kämpfen: SOZIAL. GERECHT. FRIEDEN. FÜR ALLE*: 12, 105.
- 8| Todorova, C. & G. Rieck Moncayo (2015) *Nachgedacht: TTIP. Handel. Investitionen. Partnerschaft.* (Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung).
- 9| *Vergleiche Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD (2018)*: 65–66.
- 10| Konrad-Adenauer-Stiftung (2015) *TTIP – Was soll das? (3/6) Und unsere Standards?*, siehe <https://youtu.be/efSewTg8dnM> (Zugriff am 22.05.2017).
- 11| Konrad-Adenauer-Stiftung (2015) *TTIP – Was soll das? (5/6) Wozu Schiedsgerichte?*, siehe <https://youtu.be/cQy8TeDN79U?t=3m> (Zugriff am 22.05.2017).
- 12| AfD (2017) *Programm für Deutschland. Wahlprogramm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum Deutschen Bundestag am 24. September 2017*: 20; Bündnis 90/Die Grünen (2017) *Zukunft wird aus Mut gemacht*: 94.; SPD (2017) *Es ist Zeit für mehr Gerechtigkeit*: 110.

## **Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.**

### **Martin Schebesta**

Koordinator für Grundsatzfragen der Ordnungspolitik  
und Sozialen Marktwirtschaft  
Hauptabteilung Politik und Beratung

Tel. 030/26996-3595  
Martin.Schebesta@kas.de

Postanschrift: Konrad-Adenauer-Stiftung, 10907 Berlin

Herausgeberin:

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 2018, Sankt Augustin/  
Berlin



Diese Publikation/Der Text dieses Werkes ist lizenziert  
unter den Bedingungen von „Creative Commons  
Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen  
4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter:  
[https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legal-  
code.de](https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legal-code.de))

Umschlagfoto:

MicroStockHub, iStock

Gestaltung und Satz:

Janine Höhle, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

ISBN: 978-3-95721-439-3

[www.kas.de](http://www.kas.de)



**Konrad  
Adenauer  
Stiftung**



**Deutschland  
Das nächste Kapitel**